



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Stellungnahme



Mag. Christian Zeitz

Das Institut wurde gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- 1. Meinungen, Einschätzungen und Prognosen bezüglich der Verschärfung des russisch-ukrainischen Konflikts und der Angriffe der russischen Luftwaffe auf Objekte kritischer Infrastruktur der Ukraine**
- 2. Meinungen, Bewertungen und Prognosen betreffend die Verschärfung durch die Einrichtung einer Ausbildungsmission der Europäischen Union (in Deutschland und Polen) für die Streitkräfte der Ukraine, über die die Außenminister der Europäischen Union am 17. Oktober 2022 bei einem Treffen in Luxemburg entschieden haben**



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Es wird versucht, beide Fragen in ihrem inneren Zusammenhang zu würdigen.

Außer Frage steht, dass der russisch-ukrainische Krieg eine menschliche Tragödie, eine humanitäre Katastrophe und eine reale Gefahr für den Weltfrieden und damit sogar für die Zivilisation unseres Kontinents ist. Es ist in der Periode seit dem Zweiten Weltkrieg, und eigentlich noch bis vor kurzem noch allgemein für unmöglich gehalten worden, dass es auf dem Territorium Europas noch jemals einen Krieg geben könnte, an dem eine der Großmächte der Welt beteiligt ist, geschweige denn, in den die Großmächte Russland und die USA involviert sein, sei es direkt militärisch oder indirekt politisch. Die Existenz umfassender nuklearer Waffenarsenale schien eine derartige kriegerische Auseinandersetzung aufgrund des wechselseitigen Zerstörungspotentials unmöglich zu machen. Die Doktrin, der diese Einschätzung zugrunde lag, wurde allgemein als Konzept des „Gleichgewichts des Schreckens“ bezeichnet. Dieser lag die Annahme zugrunde, dass es in einer derartigen Auseinandersetzung keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben könnte, was allgemein als ausreichende Abschreckung zur Vermeidung eines militärischen Erstschlages galt.

Diese Theorie hat sich im Zuge des gegenwärtigen Krieges zwischen Russland und der Ukraine als falsch erwiesen. Sie ist durch den Russland-Ukraine-Krieg erstens aufgrund einer irrigen Annahme und zweitens als Produkt einer substantiellen Veränderung der geopolitischen und Situation Europas ad absurdum geführt worden.

Ad 1. Die falsche Annahme besteht darin, dass die Gefahr eines Krieges, der in eine nukleare Eskalation übergeht, nur aus einer direkten Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR, jetzt Russland, die beide Atom-Mächte sind, resultieren könnte. Das klassische Beispiel für diese Konstellation ist die „Kuba-Krise“ im Oktober des Jahres 1962 und deren Bewältigung aufgrund der Logik des „Gleichgewichts des Schreckens“.

Tatsächlich versorgt die westliche Allianz, formal geführt durch das NATO-Bündnis, die Ukraine mit Waffen, Material und wohl auch durch Personal, sodass die USA faktisch als verdeckte Kriegspartei mit nuklearem Potential begriffen werden muss, der die Kriegspartei Russland gegenübersteht, während dieser Krieg auf dem Territorium der Ukraine abgewickelt wird.

Ad 2. Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren, mehr oder weniger schleichend, zu einer politischen, superstaatlichen Einrichtung mit militärischer Funktion entwickelt. Seit der Jahrtausendwende wird ausdrücklich von einer „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsunion GSVO“ gesprochen. Diese ist, insbesondere über das Engagement derjenigen EU-Staaten, die auch in der NATO organisiert sind, ein militärpolitischer Faktor geworden.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Im Ukraine-Russland-Krieg ist die EU, insbesondere über die NATO-Mitgliedsstaaten Polen und Deutschland, zu einem aktiven Faktor im Ukraine-Russland-Krieg geworden. Polen hat 93 % seines gesamten Bestandes an Panzern an die Ukraine abgegeben, der Westen hat in Waffenlieferungen bisher 68 Milliarden Euro investiert. Englische und französische Militärberater sind, offensichtlich auch auf ukrainischem Territorium, in der Beratung und im strategischen Management der ukrainischen Militäroperationen aktiv.

Das bisher Gesagte muss bedacht werden, wenn man den bisherigen Verlauf des Krieges von Anbeginn an Revue passieren lässt. Ab dem 24. Februar wurden seitens Russlands zunächst militärische Operationen unternommen, die international verschiedentlich als stümperhaft und unprofessionell bezeichnet wurden. Insbesondere die Auseinandersetzungen um Kiew wurden von Russland offenbar nicht mit dem strategischen Ziel geführt, die ukrainische Hauptstadt einzunehmen oder gar zu zerstören. Vielmehr war die militärische Neutralisierung Kiews seitens Russlands offenbar „nur“ deswegen vorgenommen worden, um die eigentlichen strategischen Ziele, die Okkupation der Ostukraine und der Halbinsel Krim, auch vom Westen her militärisch abzusichern.

Der Widerstand der Ukraine gegen diese Operation war, aufgrund des Ausmaßes der unmittelbaren Unterstützung durch den Westen, vermutlich unerwartet hoch. Die ukrainische Armee lief im Verlauf der Monate zu Leistungen auf, die ihr vermutlich niemand, wohl auch das russische Kommando, nicht zugetraut hat. Es wurden im Laufe des Sommers dieses Jahres nicht nur einzelne Dörfer, sondern ganze Gebietszonen, die bereits von den Russen gehalten worden waren, von den Ukrainern zurückerobert. Einige davon waren für die russische Armee zwar nicht strategisch, aber logistisch und damit taktisch von relevanter Bedeutung, während andere, z.B. Teile der Region Charkiw sehr wohl zu den strategischen Destinationen Russlands gehören. Diese Vorgänge sind medial bzw. propagandistisch von der Ukraine und den Mediensystemen ihrer westlichen de facto-Bündnispartner erfolgreich vermarktet und motivationstechnisch verarbeitet worden.

Moskau fühlte sich aus seiner Sicht daher genötigt, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen und auf die russische Seite zu ziehen. Seit über einer Woche werden daher Raketen- und Drohnenangriffe auf die strategische Infrastruktur des Landes geflogen, die bereits zahlreiche Kraftwerke und Leitungssysteme zerstört, wovon laut Präsident Zelensky ein Drittel der Strom- und Wasserversorgung des Landes betroffen sei. Nicht nur Städte wie Dnipro und Charkiw, sondern auch Teile der Hauptstadt Kiew sind seit zwei Tagen (19. Oktober) in der Nacht im Finstern.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Für alle Betroffenen ist die Lage tatsächlich bedrückend, ja verzweifelt, und sie wissen, dass die Lage ohne Wasser und die Möglichkeit zu Heizen besonders in den kommenden Wintermonaten zu einem Inferno werden kann. Der Ernst der Lage der Ukraine kann und darf daher nicht beschönigt werden. Um den Weg in eine Verhandlungslösung dieses schrecklichen Krieges nicht vollends zu verbauen, sollte aber von keiner Seite Öl ins Feuer gegossen werden.

Bedauerlicherweise hat man aber den Eindruck, dass dies nicht nur durch die russische Angriffsmaschinerie, sondern auch durch die offenen und versteckten Elemente des westlichen Systems an Militärbündnissen geschieht. So hat die NATO in der Person ihres Generalsekretärs Stoltenberg dieser Tage die Lieferung von Systemen zur „Drohen-Abwehr“ angekündigt.

Von noch größerer strategischer und politischer Bedeutung ist das Vorhaben der Einrichtung von Ausbildungsstätten für ukrainische Soldaten, die in Trainingslagern in Polen und Deutschland für den Kampf gegen Russland ertüchtigt werden sollen. Im Zuge des Außenminister-Treffens in Luxemburg am 17. Oktober wurde ein wahrscheinlich folgenreicher Beschluss gefasst. Auf der Website des EU-Rates für Auswärtige Angelegenheiten findet sich dazu folgende explizite Aussage: Die EU-Außenminister hätten sich darauf geeinigt, „eine EU-Militärhilfe-Mission (MAM) zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte einzurichten. Im Rahmen dieser Mission werden etwa 15.000 Soldaten auf EU-Territorium ausgebildet. Sie haben außerdem zugestimmt, im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität weitere 500 Millionen Euro bereitzustellen, um Lieferungen an die ukrainischen Streitkräfte zu finanzieren. Damit steigt die Gesamthöhe der EU-Militärhilfe für die Ukraine auf 3,1 Milliarden Euro.“

Diese Operation kommt einem De-Facto Eintritt der EU in den Ukraine-Russland-Krieg gleich. Daneben muss erkannt werden, dass sich der westliche militärische Block, als der das völlig abgestimmte Zusammenwirken von NATO und GSVP (gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU) mittlerweile begriffen werden muss, ein System etabliert, in welchem das ukrainische Militär in der Rolle eines Söldnerheers des Westbündnisses instrumentalisiert und in den Dienst transatlantischer Interessen gestellt wird.

Vermutlich werden spätere Analysten zu dem Schluss kommen, dass der verspätete postsowjetische Sezessionskrieg, als der der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zunächst zu begreifen gewesen wäre, von den Eliten des Projekts einer „Neuen Weltordnung“ zum Zweck der Etablierung des altbekannten Ziels der „Einen Weltmacht“ neu kodiert und instrumentalisiert wurde. Die Welt wird durch die hier angesprochenen Vorgänge gewiss zu einem unsichereren und ungerechteren Ort.